

Bürgerliste: Anwalt soll gegen Gestank vorgehen

Beselich. Die Bürgerliste Beselich (BLB) verlangt juristische Schritte gegen den Betreiber der Kompostieranlage „Niederstein Nord“, um den fortgesetzten „unerträglichen Gestank“, der von der Anlage ausgehe, endlich abzustellen. Dazu soll der Gemeindevorstand einen Fachanwalt beauftragen, so die Bürgerliste in einem Dringlichkeitsantrag zur Gemeindevertretersitzung heute, Montag, 20 Uhr, im Rathaus.

Schon seit Jahren komme es insbesondere in Heckholzhausen, aber auch bei wechselnder Windrichtung im östlichen Teil von Obertiefenbach zu unerträglichen Geruchsbelästigungen durch die Kompostieranlage „Niederstein Nord“, begründet die Bürgerliste ihren Antrag. Beschwerden von Bürgern beim Betreiber Herhof, bei der Verwaltung in Beselich, beim Kreis und beim Regierungspräsidenten in Gießen hätten bisher nichts bewirkt. Dasselbe gelte für Einzelaktionen von Beselicher Fraktionen. Die ganzjährig und oft über mehrere Tage andauernden Geruchsbelästigungen führen zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität, die zu verbessern oder zu erhalten sich alle politischen Gruppierungen auf die Fahne geschrieben hätten. Hiervon dürften auch die Heckholzhäuser Bürger nicht ausgenommen werden, so die Bürgerliste.

„Wir gehen davon aus, dass die Geruchsbelästigung mit geeigneten technischen Mitteln zu lösen sind“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Norbert Bandur. Statt Geld in die Hand zu nehmen, habe der Anlagenbetreiber mehr als 1000 Menschen seit vielen Jahren ihre Lebensqualität vermindert.

Aus dem Umfeld des Kreistags habe die BLB erfahren, dass der Kreis die bestehende Kompostierungsanlage auch nach Inbetriebnahme der geplanten Vergärungsanlage weiter betreiben lassen will. Ein Ende der Belastung durch üble Gerüche sei demnach nicht einmal in wenigen Jahren abzusehen, worauf sich bisher alle Hoffnungen in der Bevölkerung gestützt hätten.

Die Bürgerliste will ihren Antrag nicht vom Ausgang der bevorstehenden Kommunalwahl abhängig machen und sieht daher dringenden Handlungsbedarf. „Ein weiteres tatenloses Zuwarten seitens der Gemeindeorgane bis zur Bildung und Arbeitsaufnahme der künftigen Gemeindevertretung, ist den vom Gestank der Anlage belasteten Bürgern nicht mehr zuzumuten“, so Norbert Bandur. goe